

Schriften zum Immobilienrecht

Emma Sammet

Das Gesetz des Wohnungsmarktes

Rekonstruktion ökonomischer Annahmen
der Wohngesetzgebung



Nomos

Schriften zum Immobilienrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Artz

Prof. Dr. Beate Gsell

Prof. Dr. Florian Jacoby

Prof. Dr. Hubert Schmidt

Prof. Dr. Thomas Wischmeyer

Band 7

Emma Sammet

Das Gesetz des Wohnungsmarktes

Rekonstruktion ökonomischer Annahmen
der Wohngesetzgebung



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bielefeld, Univ., Diss., 2025

1. Auflage 2025

© Die Autorin

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-3332-4

ISBN (ePDF): 978-3-7489-6266-3

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748962663>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit verfolgt die ökonomischen Wissensstrukturen, die der Gesetzgebung hinsichtlich des Wohnens zugrunde liegen, auf ihre Ursprünge zurück. Gleichzeitig bietet sie eine Methodik zur Rekonstruktion dieser gesetzgeberischen Annahmen an und vermisst das Feld der Wohngesetzgebung neu. Sie wurde im Wintersemester 2024/2025 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld als Dissertation angenommen. Literatur wurde bis April 2025 berücksichtigt.

Mein Dank gilt zuvorderst und in besonderem Maße Prof. Dr. Thomas Wischmeyer für die Betreuung der Arbeit und die stets konstruktive Kritik. Er hat es vermocht, die Freude am wissenschaftlichen Denken vorzuleben und zu vermitteln. Die Stimmung am Lehrstuhl, besonders während der Doktorand*innenseminare, wird mir als produktiv und unbeschwert in Erinnerung bleiben. Hierzu haben auch viele lieb gewonnene Kolleginnen und Kollegen beigetragen.

Ich danke Prof. Dr. Markus Artz für die Erstellung des Zweitgutachtens und die Unterstützung des Nachwuchsnetzwerks „Wohnen im Recht“ als Vorsitzender des Mietgerichtstags. Den weiteren Herausgebern der Schriften zum Immobilienrecht, Prof. Dr. Beate Gsell, Prof. Dr. Florian Jacoby und Prof. Dr. Hubert Schmidt, danke ich für die Aufnahme in die Schriftenreihe.

Was *Rechtswissenschaft* bedeutet, durfte ich das erste Mal 2017 bei einem Schwerpunktseminar im brandenburgischen Teupitz erleben. Das gemeinschaftliche ernsthafte, präzise und kritische Nachdenken hat mich sehr beeindruckt. Umso glücklicher bin ich, dass ich auch in der Dissertationszeit mit vielen klugen Juristinnen über unsere Projekte diskutieren durfte. Mein besonderer Dank gilt Dr. Juliane Rausch für die Begleitung von Anfang an: für den stetigen Austausch, die klugen Anregungen und das gegenseitige Empowerment.

Das inter- und intradisziplinäre Forschen und die Berücksichtigung neuer Forschungsansätze haben mir verschiedene Zusammenhänge erleichtert. Insbesondere danke ich Anna-Katharina König und Eva Herzog für den Austausch zu Law and Political Economy. Franziska Brachthäuser und Undine Christian danke ich stellvertretend für viele für unsere Austauschtreffen zum Wohnen im Recht. Methodische Fragen durfte ich mit Elisabeth Faltinat diskutieren, Louise Majetschak und Hoa Vuong haben die Arbeit

durch verschiedene Phasen begleitet und Moritz Mesterheide viele Türen in Bielefeld für mich geöffnet.

Der Zuspruch und die Unterstützung meiner Eltern, Freundinnen und Weggefährtinnen hat mich durch die Höhen und Tiefen der nun vorliegenden Arbeit getragen. Ganz besonders und seit vielen Jahren begleitet Lucas Kannenberg mein Nachdenken. Das geteilte Interesse an der politischen Ökonomie, seine Unterstützung in allen Lebenslagen und unsere endlosen Spaziergänge haben die Entstehung dieser Arbeit geprägt.

Berlin im Mai 2025

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	21
Einführung	25
§ 1 Wohngesetzgebung zwischen Ökonomie und Recht	27
§ 2 Ökonomische Annahmen der Gesetzgebung	35
A. Begriff und Bedeutung gesetzgeberischer Annahmen	36
B. Annahmen ‚der Gesetzgebung‘	49
C. Methodik der Rekonstruktion	53
§ 3 Begriff und Entwicklung der Wohngesetzgebung	61
A. Wohngesetzgebung als Untersuchungsgegenstand	61
B. Entwicklung der Wohngesetzgebung in Deutschland	64
C. Das wohngesetzgeberische Instrumentarium	82
Erster Teil: Ökonomische Annahmen und gesetzgeberische Argumentationslinien	87
§ 4 Das neoklassische Grundmodell: Die Wohnung als Wirtschaftsgut	91
A. Neoklassische Grundlagen	92
B. Neoklassische Argumentationslinien	102
C. Zusammenfassung	119
§ 5 Ansätze polit-ökonomischer Kritik: Die Wohnung als Sozialgut	121
A. Leerstellen und Kritik der Neoklassik	122
B. Polit-ökonomisches Wissen in der Wohngesetzgebung	136
C. Zusammenfassung	158

§ 6 Die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft	161
A. Theorie, Konzept und Mythos	163
B. Soziale Marktwirtschaft und Wohngesetzgebung	180
C. Zusammenfassung	198
Zweiter Teil: Analyse der Wohngesetzgebung	201
§ 7 Wohngeld	203
A. Einordnung: Wohngeld als Instrument der Subjektförderung	204
B. Materialienkorpus: Gesetzgeberische Meilensteine des Wohngelds	210
C. Analyse: Einführung und Durchsetzung der Wohnungsmarktwirtschaft	230
D. Zusammenfassung: Die Bedeutung des Wohngelds für die Soziale Marktwirtschaft	265
§ 8 Mietpreisbremse	269
A. Einordnung: Die Mietpreisbremse im Mietpreisrecht	270
B. Materialienkorpus: Einführung und Entwicklung der Mietpreisbremse	275
C. Analyse: Soziale Ziele im marktwirtschaftlichen Rahmen	280
D. Zusammenfassung: Abwägung sozialer Ziele im marktwirtschaftlichen System	340
§ 9 Grundsteuer	343
A. Einordnung: Die Grundsteuer als wohnungs- und bodenpolitisches Instrument	344
B. Materialienkorpus: Grundsteuerreform 2019	360
C. Analyse: Ökonomische Wertungsentscheidungen zwischen den Grundsteuermodellen	363
D. Zusammenfassung: Modelldiskussionen und marktwirtschaftliche Impulse	392
§ 10 Milieuschutzsatzungen	395
A. Einordnung: Milieuschutz im Städtebaurecht	396
B. Materialienkorpus: Gesetzesmaterialien zum Milieuschutz	404

C. Analyse: Entwicklung des Erhaltungsgedankens zwischen Milieuschutz und Eigentum	410
D. Gegenerzählung des Bundesverwaltungsgerichts: Das Ende des erhaltungsrechtlichen Vorkaufsrechts	434
E. Zusammenfassung: Der Erhaltungsgedanke unter Druck	447
Schluss	449
§ 11 Zusammenfassung und Fazit	451
A. Potenzial des Forschungsansatzes: Rekonstruktion gesetzgeberischer Annahmen	452
B. Annahmen der Wohngesetzgebung: Wirkungsweisen und Argumentationsmuster	454
C. Status quo: Das Recht des Wohnungsmarktes	458
D. Ausblick: Methodische Entfaltung und weitere Bedeutung	461
Verzeichnis der Gesetzesmaterialien	465
Literaturverzeichnis	481

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einführung	25
§ 1 Wohngesetzgebung zwischen Ökonomie und Recht	27
§ 2 Ökonomische Annahmen der Gesetzgebung	35
A. Begriff und Bedeutung gesetzgeberischer Annahmen	36
I. Wissen im Recht	37
II. Gesetzgeberische Wissensstrukturen	40
III. Argumente als Schlüssel	46
IV. Notwendigkeit der Rekonstruktion	47
B. Annahmen ‚der Gesetzgebung‘	49
C. Methodik der Rekonstruktion	53
§ 3 Begriff und Entwicklung der Wohngesetzgebung	61
A. Wohngesetzgebung als Untersuchungsgegenstand	61
B. Entwicklung der Wohngesetzgebung in Deutschland	64
I. Gesetzgeberischer Umgang mit der Wohnungsfrage bis 1945	65
II. Frühe bundesrepublikanische Wohngesetzgebung	69
III. Konsolidierung der bundesrepublikanischen Wohngesetzgebung	72
IV. Wohngesetzgebung seit der Wende	75
V. Zusammenfassung: Konjunkturen der Wohngesetzgebung	81
C. Das wohngesetzgeberische Instrumentarium	82

Erster Teil: Ökonomische Annahmen und gesetzgeberische Argumentationslinien	87
§ 4 Das neoklassische Grundmodell: Die Wohnung als Wirtschaftsgut	91
A. Neoklassische Grundlagen	92
I. Das neoklassische Paradigma	94
II. Ökonomische Effizienz	96
III. Das Modell der vollständigen Konkurrenz	98
IV. Marktversagen als Rechtfertigung für staatliches Handeln	100
B. Neoklassische Argumentationslinien	102
I. Primat des Marktes	103
1. Rechtfertigungsbedürftigkeit rechtlicher Regelungen	103
a) Preismechanismus und Marktversagen	103
b) Maßnahmen vor dem Hintergrund von Mangellagen	105
2. Subjektförderung als marktneutrale Maßnahme	109
3. Rückzug des Staates aus dem Wohnungswesen	110
II. Wohnungswirtschaftliche Effizienz	111
1. Vermeidung von Fehlallokationen	111
2. Trickle-Down durch Filtering-Prozesse	113
III. Angebotsorientierte Policy und Profitanreize	115
IV. Eigentumsförderung	117
C. Zusammenfassung	119
§ 5 Ansätze polit-ökonomischer Kritik: Die Wohnung als Sozialgut	121
A. Leerstellen und Kritik der Neoklassik	122
I. Law and Political Economy	122
1. Kritik am Status quo neoliberalen Rechtsdenkens	124
2. Reorientierungen: Macht, Verteilung und Demokratie	126
II. Politische Ökonomie des Wohnens	128
1. Zirkulation des Kapitals	130
2. Wohnen als soziales Verhältnis	131
3. Wohnen und Ideologie	133
4. Neue Paradigmen: Dekommodifizierung und Demokratisierung	134

III.	Potenzial polit-ökonomischer Analysekatgorien	135
B.	Polit-ökonomisches Wissen in der Wohngesetzgebung	136
I.	Soziale Fragen und Ungleichheit	136
1.	Die soziale Bedeutung des Wohnens	137
2.	Soziale Überformung und Steuerung des Wohnungsmarktes	139
a)	Einkommensschwache und diskriminierte Bevölkerungsgruppen	140
b)	Segregation und Gentrifizierung	142
3.	Fragen der Gerechtigkeit: Nutzen und Kostentragung	143
II.	Strukturelle Besonderheiten und rechtspolitische Folgerungen	144
1.	Die Besonderheiten von Wohnung und Wohnungsmarkt	144
2.	Systemisches Marktversagen	147
3.	Strategien rund um Sockereffekte	150
4.	Gemeinwohlorientierung jenseits von Markt und Staat	152
III.	Mitbestimmung: Demokratische Handlungsmacht	153
1.	Markt-Staat-Polarisierung	154
2.	Die Bedeutung des Wohneigentums	156
C.	Zusammenfassung	158
§ 6	Die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft	161
A.	Theorie, Konzept und Mythos	163
I.	Annäherung an die Soziale Marktwirtschaft	164
1.	Der theoretische Hintergrund des Ordoliberalismus	165
2.	Die Formulierung als Leitbild	167
II.	Entfaltung der Sozialen Marktwirtschaft	169
III.	Grundelemente der Sozialen Marktwirtschaft	174
1.	Wettbewerbsordnung und Marktmechanismus	175
2.	Soziale Dimensionen	177
3.	Die Soziale Marktwirtschaft als Fahnenwort	179
B.	Soziale Marktwirtschaft und Wohngesetzgebung	180
I.	Der Ordo-Gedanke eines stabilen wirtschaftlichen Rahmens	181

II.	Konformitätsmerkmale einer Sozialen Wohnungsmarktwirtschaft	182
1.	Wohnungsmarkt und Mietpreisfreigabe	183
2.	Subjektförderung als ideales Instrument	186
III.	Sozialpartnerschaft im Wohnungswesen	188
IV.	Entproletarisierung durch Wohneigentum	190
V.	Soziale Marktwirtschaft als Leitbegriff im Wohnungssektor	192
1.	Soziale Marktwirtschaft als gesetzgeberischer Bezugspunkt	193
2.	Soziales Mietrecht als Ausprägung der Sozialen Marktwirtschaft	195
C.	Zusammenfassung	198
Zweiter Teil: Analyse der Wohngesetzgebung		201
§ 7	Wohngeld	203
A.	Einordnung: Wohngeld als Instrument der Subjektförderung	204
I.	Wohngeld als staatlicher Wohnkostenzuschuss	205
II.	Wohngeld im System der öffentlichen Förderung	208
B.	Materialienkorpus: Gesetzgeberische Meilensteine des Wohngelds	210
I.	Einführungsphase	211
1.	Erstes Bundesmietengesetz (1955)	212
2.	Zweites Wohnungsbaugesetz (1956)	213
3.	Abbaugesetz (1960)	215
4.	Wohnbeihilfegesetz (1963)	216
5.	Wohngeldgesetz (1965)	218
II.	Normalisierungsphase	219
1.	Zweites Wohngeldgesetz (1970)	219
2.	Wohngeldsondergesetz (1991)	220
3.	Gesetz zur Änderung des Wohngeldrechts und anderer Gesetze (1999)	221
4.	Wohngeldnovelle (2008)	222
III.	Neuere Entwicklungen	224
1.	Wohngeldstärkungsgesetz (2019)	225
2.	Wohngeld-CO ₂ -Bepreisungsentlastungsgesetz (2020)	226
3.	Wohngeld-Plus-Gesetz (2022)	227

C. Analyse: Einführung und Durchsetzung der Wohnungsmarktwirtschaft	230
I. Gesetzgeberische Annahmen I: Soziale Ziele des Wohngeldes	231
1. Wohnen als existenzielles Bedürfnis	231
2. Wohngeld im Sozialstaat	233
II. Gesetzgeberische Annahmen II: Wohngeld in der Sozialen Marktwirtschaft	236
1. Wohngeld zur Legitimierung der Marktwirtschaft	237
a) Der Abbau der „Zwangswirtschaft“ als Kontext und Bezugspunkt	239
b) Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes	241
c) Beihilfen als zwingendes Junktim	243
2. Soziale Marktwirtschaft als konstanter Denkraum	245
a) Schrittweise Normalisierung des „Netz vor dem Netz“	246
b) Aktualisierung durch Parallelen: Staatliche Zuschüsse als Absicherungsmodus in Krisenzeiten	247
c) Wohngeld trotz Kritik	251
3. Zusammenfassung: Wohngeld zur Absicherung des Wohnungsmarktes	254
III. Gesetzgeberische Annahmen III: Individualistische Ausrichtung des Wohngeldes	255
1. Individualprinzip und Zielgenauigkeit	255
2. Zaghafte strukturelle Entwicklungstrends	258
IV. Gesetzgeberische Annahmen IV: Wohngeld im Bedeutungszusammenhang mit Eigentum und Familie	259
1. Der Lastenzuschuss als Ausdruck sozialmarktwirtschaftlicher Eigentumspolitik	260
2. Verhandlung von Familienvorstellungen im Wohngeld	261
D. Zusammenfassung: Die Bedeutung des Wohngeldes für die Soziale Marktwirtschaft	265
§ 8 Mietpreisbremse	269
A. Einordnung: Die Mietpreisbremse im Mietpreisrecht	270
I. Die Bedeutung des Vergleichsmietensystems	271

II.	Regelungsregime der Mietpreisbremse	274
B.	Materialienkorpus: Einführung und Entwicklung der Mietpreisbremse	275
I.	Mietrechtsnovellierungsgesetz (2015)	276
II.	Mietrechtsanpassungsgesetz (2018)	277
III.	Gesetz zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn (2020)	279
C.	Analyse: Soziale Ziele im marktwirtschaftlichen Rahmen	280
I.	Gesetzgeberische Annahmen I: Marktbasierte Problembeschreibung	281
1.	Wohnungsknappheit und Nachfrageüberhang in prosperierenden Städten	282
2.	Räumliche Begrenzung auf angespannte Wohnungsmärkte	285
3.	Eingeschränkte Effizienz: Fehlbelegung bei angespannten Marktlagen	290
II.	Gesetzgeberische Annahmen II: Neoklassische Problemlösung abseits der Mietpreisbremse	290
1.	Bekämpfung der Ursachen statt nur der Symptome	292
2.	Anreize für Neubau statt einer Investitionsbremse	295
III.	Gesetzgeberische Annahmen III: Die Mietpreisbremse als Markteingriff	299
1.	Milderung und Dynamisierung durch die ortsübliche Vergleichsmiete	300
a)	Konstituierung der Vergleichsmiete	301
b)	Marktorientierung der Vergleichsmiete	304
2.	Bestandsschutz der Vormiete	308
3.	Befristung und Ausnahmen: Die Mietpreisbremse als vorübergehende Intervention	310
IV.	Gesetzgeberische Annahmen IV: Sozialer Ausgleich mit der Mietpreisbremse	312
1.	Soziale Fragen im Wohndualismus	313
2.	Soziales Mietrecht in der Sozialen Marktwirtschaft	315
3.	Ein neuer Impuls im Sozialen Mietrecht: „Gentrifizierung“ verhindern	318
V.	Gesetzgeberische Annahmen V: Sozialbindung und gesetzgeberische Handlungsspielräume	322

VI. Gesetzgeberische Annahmen VI: Individuelle Zugriffe jenseits von Machtverhältnissen	330
1. Mieterschutz als Verbraucherschutz?	333
2. Durchsetzung der Mietpreisbremse: privatrechtlich und individuell	334
3. Informationshierarchien: Auskunft und Rüge	336
D. Zusammenfassung: Abwägung sozialer Ziele im marktwirtschaftlichen System	340
§ 9 Grundsteuer	343
A. Einordnung: Die Grundsteuer als wohnungs- und bodenpolitisches Instrument	344
I. Bodenpolitische Grundlagen	345
II. Die Grundsteuer im System der indirekten Förderung	349
III. Entwicklung der Grundsteuer	351
IV. Die Grundsteuer im föderalen Zusammenspiel	356
1. Kompetenzen und Modelle	356
2. Verfahren und Erhebung der Bundesgrundsteuer	359
B. Materialienkorpus: Grundsteuerreform 2019	360
C. Analyse: Ökonomische Wertungsentscheidungen zwischen den Grundsteuermodellen	363
I. Gesetzgeberische Spielräume für ökonomische Annahmen	365
II. Gesetzgeberische Annahmen I: Diskussionen über Belastungsgründe und Modelle	368
1. Potenzielle Leistungsfähigkeit der Eigentümerinnen	369
2. Pauschalierte Werteinschätzung nach dem Grundstücksmarkt	372
3. Die Grundsteuer als Ausgleich für kommunale Leistungen	376
III. Gesetzgeberische Annahmen II: Belastungswirkung zulasten der Mieterinnen	379
1. „Mietenturbo“ und Aufkommensneutralität	380
2. Umlage auf Mieterinnen als Fortführung des Äquivalenzansatzes	382
3. (Wert-)Vorteile, Schutzbedürftigkeit und Marktwirtschaft	384

IV. Gesetzgeberische Annahmen III: Sozialer Anspruch unter marktwirtschaftlichem Mantel	387
1. Grundsteuerreduzierungen aus sozialen Gründen	387
2. Baulandmobilisierung: Anreize zum Wohnungsbau	389
D. Zusammenfassung: Modelldiskussionen und marktwirtschaftliche Impulse	392
§ 10 Milieuschutzsatzungen	395
A. Einordnung: Milieuschutz im Städtebaurecht	396
I. Begriff und Entwicklung des Milieuschutzrechts	398
II. Erhaltungssatzungen und kommunales Vorkaufsrecht	401
B. Materialienkorpus: Gesetzesmaterialien zum Milieuschutz	404
I. Gesetz zur Änderung des Bundesbaugesetzes (1976)	404
II. Gesetz über das Baugesetzbuch (1986)	406
III. Bau- und Raumordnungsgesetz (1998)	407
IV. Aktuelle Entwicklungen	408
C. Analyse: Entwicklung des Erhaltungsgedankens zwischen Milieuschutz und Eigentum	410
I. Gesetzgeberische Annahmen I: Variationen des Erhaltungsgedankens	411
1. Mittelbarer Milieuschutz: Modernisieren, um zu erhalten	413
a) Modernisierungen als Voraussetzung für Milieuschutz	413
b) Kontinuität des Gedankens in den Debatten um Substandards	414
2. Milieuschutz als Erhaltungsziel: Erhalt der Bevölkerungsstruktur	416
a) Der milieuschutzrechtliche Erhaltungszweck im Bundesbaugesetz	416
b) Sicherstellung des Erhaltungszwecks im Baugesetzbuch	419
3. Milieuschutz als Mieterschutz: ein Verständnis in Entwicklung	422
a) Schutz von Mieterinnen	423
b) Aufwertung und Ablehnung des Mieterschutzgedankens	425

II. Gesetzgeberische Annahmen II: Eigentum als Argument	427
1. Eigentumsbildung als gesetzgeberische Leitvorstellung	428
2. Bedeutung des Eigentums in der gesetzgeberischen Abwägung	429
3. Marktwirtschaftlich begründete Skepsis als aktuelle Entwicklung	431
III. Zusammenfassung: Die Entwicklung des Erhaltungszwecks in Abwägung mit Eigentum und Marktwirtschaft	433
D. Gegenerzählung des Bundesverwaltungsgerichts: Das Ende des erhaltungsrechtlichen Vorkaufsrechts	434
I. Rekonstruktionserzählung des Bundesverwaltungsgerichts	436
II. Gesetzgeberische Reaktion: Diskussion um Aufwertung des Erhaltungszwecks	441
III. Deutungen der Gesetzgebungsgeschichte	446
E. Zusammenfassung: Der Erhaltungsgedanke unter Druck	447
Schluss	449
§ 11 Zusammenfassung und Fazit	451
A. Potenzial des Forschungsansatzes: Rekonstruktion gesetzgeberischer Annahmen	452
B. Annahmen der Wohngesetzgebung: Wirkungsweisen und Argumentationsmuster	454
C. Status quo: Das Recht des Wohnungsmarktes	458
D. Ausblick: Methodische Entfaltung und weitere Bedeutung	461
Verzeichnis der Gesetzesmaterialien	465
Literaturverzeichnis	481

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
1. BMG	Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietprei- rechts (Erstes Bundesmietengesetz)
1. WoBauG	Erstes Wohnungsbaugesetz
2. BMG	Zweites Bundesmietengesetz
2. MRÄndG	Zweites Gesetz zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften (Zweites Mietrechtsänderungsgesetz)
2. WKSchG	Zweites Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietver- hältnisse über Wohnraum (Zweites Wohnraumkündigungs- schutzgesetz)
2. WoBauG	Zweites Wohnungsbaugesetz
2. WoGG	Zweites Wohngeldgesetz
4. MRÄndG	Viertes Gesetz zu Änderung mietrechtlicher Vorschriften (Viertes Mietrechtsänderungsgesetz)
AbbauG	Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht (Abbaugesetz)
Abg.	Abgeordnete(r)
AGH-Drs.	Drucksache des Abgeordnetenhauses von Berlin
BauROG	Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuchs und zur Neure- gelung des Rechts der Raumordnung (Bau- und Raumord- nungsgesetz 1998)
BBauGÄndG	Gesetz zur Änderung des Bundesbaugesetzes (Bundesbauge- setzänderungsgesetz)
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BetrKV	Betriebskostenverordnung
BewG	Bewertungsgesetz
BM	Bundesminister/Bundesministerin
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BMWSB	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bau- wesen
BR-PlProt.	Plenarprotokoll des Deutschen Bundesrates

Abkürzungsverzeichnis

BT-PlProt.	Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages
FAG	Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Finanzausgleichsgesetz)
GBauGB	Gesetz über das Baugesetzbuch
GBL DDR	Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik
GdW	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen
GG-Änd. GrStG	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b)
GrStG	Grundsteuergesetz
GrStGÄndG	Gesetz zur Änderung des Grundsteuergesetzes zur Mobilisierung von baureifen Grundstücken für die Bebauung
GrStRefG	Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz)
HSanG	Haushaltssanierungsgesetz
i.A.	in Arbeit
INSM	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
KdU	Kosten der Unterkunft
LPE	Law and Political Economy
MEW	Marx-Engels-Werke
MHG	Gesetz zur Regelung der Miethöhe (Miethöhegesetz)
MietAnpG	Gesetz zur Ergänzung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn und zur Anpassung der Regelungen über die Modernisierung der Mietsache (Mietrechtsanpassungsgesetz)
MietNovG	Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechtsnovellierungsgesetz)
MietRVerbG	Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen (Mietrechtsverbesserungsgesetz)
MPBRefG	Gesetz zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn (Mietpreisbremsenreformgesetz)
MSchG	Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter (Mieterschutzgesetz)

MÜG	Gesetz zur Überleitung preisgebundenen Wohnraums im Beitrittsgebiet in das allgemeine Miethöherecht (Mietenüberleitungsgesetz)
MWoErhG	Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen
RMG	Reichsmietengesetz
SenSBW	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen des Landes Berlin
VKRÄG	Vorkaufsrechtsänderungsgesetz
VorkG	Gesetz zur Wiederherstellung des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten (Neues Vorkaufsrecht-Gesetz)
WKSchG	Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum (Wohnraumkündigungsschutzgesetz)
WoBauRefG	Gesetz zur Reform des Wohnungsbaurechts (Wohnungsbau-reformgesetz)
WoFG	Wohnraumförderungsgesetz
WoGCO ₂ BepEntlG	Gesetz zur Entlastung bei den Heizkosten im Wohngeld im Kontext der CO ₂ -Bepreisung
WoGG	Wohngeldgesetz
WoGNovG	Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes und anderer Ge-setze (Wohngeldnovellierungsgesetz)
WoGRefG	Gesetz zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes
WoGStärkG	Gesetz zur Stärkung des Wohngeldes (Wohngeldstärkungs-ge-setz)
WWSUVtr	Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Übliche Abkürzungen sowie Zeitschriftenabkürzungen werden nicht aufgeführt. Im Übrigen wird auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 11. Aufl. Berlin 2024, verwiesen.

